

Mitteilung der UWD-Fraktion



Soziale Gerechtigkeit braucht solide Finanzierung – Kritik an den Haushaltsvorschlägen der GRÜNEN-Fraktion

Die Beratungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 haben erneut gezeigt, wie wichtig eine verantwortungsvolle und ausgewogene Finanzpolitik für die Zukunft unserer Stadt ist. Zwar hat die GRÜNEN-Fraktion Anträge zu Themen wie Klimaschutz und Mobilität eingebracht, doch basieren diese maßgeblich auf einer **Erhöhung der Grundsteuer B** – und damit auf einer Belastung breiter Bevölkerungsschichten.

Die Mehrheit der Stadtverordneten – mit Ausnahme der GRÜNEN – hat sich **klar gegen Steuererhöhung** ausgesprochen. Folgerichtig wurden die damit verknüpften Anträge abgelehnt, da eine gesicherte Gegenfinanzierung fehlte. Wer gegen die Steuererhöhung war, musste zwangsläufig auch die GRÜNEN-Anträge unabhängig vom jeweiligen Inhalt ablehnen.

Die vorgeschlagenen Gegenfinanzierungen der GRÜNEN Anträge, insbesondere die **Erhöhung der Grundsteuer B**, sind aus unserer Sicht sozial unausgewogen. Eine pauschale Steueranhebung ist kein geeignetes Mittel zur Förderung sozialer Gerechtigkeit – im Gegenteil: Sie trifft vor allem jene, die bereits unter steigenden Lebenshaltungskosten leiden.

Die Ablehnung der GRÜNEN-Anträge durch die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ist daher kein Zeichen fehlender Zukunftsorientierung, sondern Ausdruck haushaltspolitischer Vernunft und sozialer Verantwortung. Wesentliche Projekte – etwa der Neubau des Bauhofs, der Feuerwehstützpunkt, wichtige Sanierungsmaßnahmen sowie die Förderung des Vereinslebens – konnten gesichert werden, und das ohne die von den **GRÜNEN geforderten Steuererhöhungen**.

Die UWD-Fraktion steht für eine Politik, die ökologische Ziele mit wirtschaftlicher Tragfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit verbindet. Die Zukunft Dieburgs braucht kluge Investitionen – aber ebenso eine faire und tragfähige Finanzierung.